

Ersatzansprüche bei Personenschaden

Küppersbusch / Höher

13., neubearbeitete Auflage 2020
ISBN 978-3-406-73674-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

- Wöchentlicher Zeitbedarf für die Versorgung der Hinterbliebenen und Aufrechterhaltung des durch den Tod der Hausfrau verkleinerten Haushalts¹³⁵² im ursprünglichen Standard;
- abzüglich Mithilfepflicht der Angehörigen;
- sich danach ergebende Stundenzahl multipliziert mit der Netto-Stundenvergütung einer nach BAT bezahlten Hilfskraft; dabei Einstufung BAT nach Zahl und Alter der Kinder sowie sozialem Stand;
- Aufteilung des sich danach ergebenden Schadensersatzes auf die Hinterbliebenen;
- abzüglich weggefallener Barunterhalt beim Anspruch des hinterbliebenen Ehegatten
- abzüglich Hinterbliebenenversorgung.

aa) Arbeitszeitbedarf

Eine Tabelle über den erforderlichen Zeitbedarf zur Führung von Haushalten unterschiedlicher Größe, sozialen Stands und Technisierung findet sich bei *Schulz-Borck/Hofmann* (Tabelle 1).¹³⁵³ 370

Für beispielsweise einen reduzierten 4-Personen-Haushalt mittleren Zuschnitts, der nach dem Tod des Haushaltsführenden nur noch 3 Köpfe umfasst, sind etwa 49 Wochenstunden, für einen reduzierten 2-Personen-Haushalt (nur ein Hinterbliebener) geringerer Anspruchsstufe ca. 19 Wochenstunden erforderlich.¹³⁵⁴ Abgesehen von der Zahl der Personen kommt es für den Arbeitszeitbedarf auf die Größe und den Standard¹³⁵⁵ des Haushalts an. Für besondere Verhältnisse (Technisierung, besondere Erschwernisse etc.) sind Ab- und Zuschläge zu machen.¹³⁵⁶ Eine Erhöhung des Zeitbedarfs kommt insbesondere bei der Betreuung von Kleinkindern in Betracht.¹³⁵⁷ 371

Vom Arbeitszeitbedarf ist die Zeit abzuziehen, für die eine familienrechtliche *Mithilfepflicht* im Haushalt besteht. Die Mithilfepflicht eines Kindes beginnt in der Regel mit dem 12.¹³⁵⁸–14. Lebensjahr, wobei es auf seinen Gesundheitszustand, seinen Entwicklungs- und Ausbildungsstand und seine Belastung in Schule oder Berufsausbildung ankommt.¹³⁵⁹ Die Mithilfepflicht eines erwerbstätigen Ehepartners richtet sich nach den 372

341; OLG Oldenburg v. 14.8.2009 (6 U 118/09); sowie *Schlund* DAR 1977, 281; LG Bayreuth VersR 1983, 66.

¹³⁵² Die Eigenversorgung der getöteten Hausfrau fällt weg (BGH VersR 1982, 951 = NJW 1982, 2866 mwH; OLG Nürnberg r+s 1987, 103; aA noch OLG Frankfurt VersR 1981, 251 m. krit. Anm. *Hofmann* VersR 1981, 338).

¹³⁵³ Insbesondere Tab. 1 – Der BGH billigt die Anwendung dieser Tabelle, da sie auf Erfahrungswerten beruhe, im Rahmen der tatrichterlichen Schätzung nach § 287 ZPO (BGH NZV 1988, 60 = VersR 1988, 490 mwH), wobei eine Abweichung im konkreten Einzelfall aufgrund besonderer Umstände möglich – und erforderlich – ist; ebenso OLG Stuttgart VersR 1993, 1536; vgl. auch BGH NZV 1990, 307 = VersR 1990, 907. Vgl. auch OLG München v. 16.2.1996, insoweit gebilligt von BGH NZV 1998, 149 = VersR 1998, 333. Dagegen ist die Tabelle 8 nicht verwertbar. Abgesehen davon, dass hier nicht auf den im Rahmen des § 844 Abs. 2 BGB maßgeblichen Arbeitszeitbedarf, sondern auf eine tatsächliche Arbeitsleistung abgestellt wird, erscheinen die Werte unplausibel hoch. Siehe im Einzelnen auch die Anm. hierzu in der Fn. zu → Rn. 193.

¹³⁵⁴ Tabelle 1 bei *Schulz-Borck/Hofmann*, Schadensersatz bei Ausfall von Hausfrauen und Müttern im Haushalt; zustimmend BGH VersR 1979, 670; OLG Hamm VersR 1980, 723: 15 Wochenstunden für Witwe allein.

¹³⁵⁵ *Schulz-Borck/Hofmann* unterscheiden 4 Anspruchsstufen.

¹³⁵⁶ Tabelle 2 bei *Schulz-Borck/Hofmann*.

¹³⁵⁷ Tabelle 2 bei *Schulz-Borck/Hofmann*.

¹³⁵⁸ OLG Oldenburg v. 14.8.2009 (6 U 118/09).

¹³⁵⁹ BGH NZV 1990, 307 = VersR 1990, 907 = DAR 1990, 296; VersR 1973, 939; VersR 1983, 458 mwH OLG Hamburg VersR 1988, 135: Ab dem 12. Lebensjahr, OLG Oldenburg v. 14.8.2009 (6 U 118/09); OLG Stuttgart VersR 1993, 1536: ab dem 12. –14. Jahr jeweils 1 Stunde täglich.

getroffenen Absprachen im Rahmen seiner beruflichen Belastung. Beide Partner können frei vereinbaren, wer und in welchem Umfange den Haushalt führt und einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Da ausdrückliche Abreden insoweit kaum getroffen werden, kommt es auf die tatsächlichen Verhältnisse an.¹³⁶⁰

bb) Stundensatz BAT

- 373 Die Einstufung in den maßgeblichen Tarif hängt von der Zahl und dem Alter der Familienangehörigen und dem sozialen Stand der Familie ab (Vorschläge bei *Schulz-Borck/Hofmann*, Tab. 3). Bei heranwachsenden erziehungsbedürftigen Kindern kommen die Kosten einer Wirtschaftlerin oder eine Hauswirtschaftsleiterin mittlerer Altersstufe¹³⁶¹ in Betracht.¹³⁶² Im kinderlosen 2-Personen-Haushalt sind dagegen lediglich die Kosten einer Zusagefrau mit Kenntnissen zur selbstständigen Haushaltsführung¹³⁶³ bzw. eine stundenweise beschäftigte Haushaltshilfe¹³⁶⁴ zu berücksichtigen.
- 374 Ist nach den örtlichen Gegebenheiten eine Ersatzkraft zu einem billigeren Tarif oder einem *billigeren Arbeitslohn* zu bekommen, gilt dieser.¹³⁶⁵
- 375 Bei einer so genannten interfamiliären Lösung, bei der ein Verwandter die Betreuung der Familie übernimmt, ist nicht nur auf die Situation des Haushalts als solche, sondern auch auf die Qualifikation des Verwandten abzustellen. Bei fehlender hauswirtschaftlicher Ausbildung kann dies zu einer Reduzierung der Tarifeinstufung führen.¹³⁶⁶

cc) Nettogehalt

- 376 Maßgeblich sind nur die Kosten netto, vom ausgewiesenen Brutto-Tarif sind die Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen.¹³⁶⁷ Anstatt einer konkreten Berechnung kann auch ein *pauschaler Abzug* in Höhe von 30 % erfolgen.¹³⁶⁸ Eine Ausnahme lässt der BGH nur für den Fall zu, dass Familienmitglieder zur Führung des Haushaltes eine Erwerbstätigkeit aufgegeben haben.¹³⁶⁹

b) Einstellung einer bezahlten Ersatzkraft

- 377 Die tatsächlich aufgewendeten Kosten (brutto, einschließlich Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung) bilden den „bestimmenden Ausgangspunkt“ für die Schätzung des Schadens,¹³⁷⁰ wenn durch die Tätigkeit der Hilfskraft der Ausfall der Hausfrau vollständig ausgeglichen wird.¹³⁷¹ Wenn dies nur zum Teil der Fall ist, ist die Differenz zu den erforderlichen Kosten „netto“ auszugleichen.

¹³⁶⁰ S. a. OLG Stuttgart VersR 1993, 1536.

¹³⁶¹ LG Bayreuth VersR 1983, 66.

¹³⁶² BGH VersR 1973, 84; VersR 1973, 939; VersR 1979, 670.

¹³⁶³ BGH VersR 1974, 32.

¹³⁶⁴ BGH VersR 1983, 458; NZV 1988, 60 = VersR 1988, 490: BAT X.

¹³⁶⁵ BGH VersR 1982, 951 = NJW 1982, 2866; OLG Düsseldorf DAR 1988, 24.

¹³⁶⁶ OLG Stuttgart VersR 1993, 1536: Statt BAT VII zugebilligt BAT VIII bei Versorgung durch die nicht ausgebildete Schwiegermutter.

¹³⁶⁷ BGH VersR 1983, 458 = NJW 1983, 1425; NZV 1988, 60; OLG Nürnberg r+s 1987, 103. Für die Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung schon BGH VersR 1982, 951 = NJW 1982, 2866. AA noch OLG Frankfurt VersR 1981, 240.

¹³⁶⁸ OLG Stuttgart VersR 1993, 1536.

¹³⁶⁹ In diesem Fall dürfte das entgangene Einkommen brutto – abzüglich Vorteilsausgleich – zu berücksichtigen sein. Zu prüfen ist hier aber immer, ob die Aufgabe der Erwerbstätigkeit tatsächlich unfallbedingt erfolgte und auch erforderlich war.

¹³⁷⁰ BGH VersR 1974, 604; VersR 1973, 940.

¹³⁷¹ BGH VersR 1986, 790.

Erforderlich sind nur die Kosten einer solchen Ersatzkraft, deren Dienste den gesetzlich geschuldeten Unterhaltsleistungen der getöteten Hausfrau entsprechen.¹³⁷² Vergleichbarkeit muss hinsichtlich der Qualifikation der Ersatzkraft und hinsichtlich der Arbeitszeit gegeben sein (→ Rn. 370 f.). 378

c) Einschaltung von Verwandten

Der Schaden berechnet sich bei einer solchen familiären Lösung nach dem Betrag, den die Familienangehörigen bezahlen müssten, um den einsatzbereiten Dritten „voll angemessen“ zu entschädigen.¹³⁷³ Dabei ist zu berücksichtigen, dass Verwandte die Versorgung von Waisen rationeller (mit weniger Zeitaufwand) gestalten können und dass – bei Wahl der Vergütungsgruppe (→ Rn. 373) – der Verwandte in der Regel keine ausgebildete Fachkraft ist.¹³⁷⁴ Gibt der Verwandte seine eigene Erwerbstätigkeit auf, um die Hinterbliebenen zu betreuen, bildet der entgangene Nettoverdienst die Grundlage für die Schadensschätzung, soweit er nicht die Kosten einer Ersatzkraft übersteigt.¹³⁷⁵ 379

d) Auswärtige Unterbringung der Waisen

Wird eine Vergütung gezahlt, sind die aufgewendeten Beträge, sofern angemessen, zu ersetzen.¹³⁷⁶ Der Anspruch des Waisen berechnet sich dann nach dem Zeitaufwand, der für seine Versorgung erforderlich ist. Insoweit genügt in der Regel eine stundenweise bezahlte Haushaltshilfe mit Kenntnissen im Kochen und Waschen.¹³⁷⁷ Wurde durch den Unfall gleichzeitig auch der barunterhaltspflichtige Vater getötet, darf der insoweit zusätzlich entstehende Unterhaltsschaden nicht übersehen werden.¹³⁷⁸ 380

Bei unentgeltlicher Unterbringung sind an sich nach der Rechtsprechung des BGH nur Kosten einer *vergleichbaren Familienunterkunft* zu erstatten.¹³⁷⁹ Die in den einschlägigen Entscheidungen genannten Beträge sind nach heutiger Auffassung jedoch weitaus zu gering. Außerdem ist es schwierig, die Kosten einer vergleichbaren Familienunterkunft zu ermitteln. Der 15. Deutsche Verkehrsgerichtstag hatte deshalb vorgeschlagen, den Schadensersatz pro Waise nach dem doppelten Regelbedarfssatz der damaligen Regelunterhaltsverordnung¹³⁸⁰ zu bemessen. Dieser Weg ist zwar juristisch zweifelhaft, da der Regelbedarf den materiellen und nicht den persönlichen Unterhalt deckt, dürfte aber zu praktikablen Ergebnissen führen.¹³⁸¹ 381

Zu ersetzen sind auch die Kosten einer Heimunterbringung.¹³⁸² Übernimmt der Kostenträger die Aufwendungen für Bekleidung, Taschengeld etc., ist die Höhe des Schadensersatzes um die – fortbestehende – Barunterhaltspflicht des Vaters zu reduzieren.¹³⁸³ 382

¹³⁷² OLG Köln VersR 1990, 1285.

¹³⁷³ BGH VersR 1982, 874 = NJW 1982, 2864; VersR 1985, 365.

¹³⁷⁴ BGH VersR 1985, 365.

¹³⁷⁵ BGH VersR 1986, 264 unter II 5 = NJW 1986, 715.

¹³⁷⁶ BGH VersR 1971, 1045; OLG Frankfurt VersR 1992, 1411 – Rev. nicht angen.

¹³⁷⁷ BGH VersR 1984, 389.

¹³⁷⁸ OLG Koblenz ZfS 1983, 169.

¹³⁷⁹ BGH VersR 1974, 601; VersR 1971, 1045; VersR 1976, 291.

¹³⁸⁰ Seit 1.1.2008 ist der Mindestunterhalt in § 1612a BGB geregelt und wird nach § 1612a Abs. 4 BGB durch VO des BMJ angepasst. Aktuell ist die MinUhV in der Fassung vom 28.9.2017 mit einem Mindestunterhalt ab dem 1.1.2019 für Kinder bis zum 6. Lbj. von 354 EUR, bis zum 12. Lbj. von 406 EUR und ab dem 13. Lbj. von 476 EUR.

¹³⁸¹ OLG Celle VersR 1980, 583 folgt dem nicht ganz: Einerseits zwar einfacher Regelbedarfssatz, aber andererseits höhere Altersstufen; Zuschläge bei besseren wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen.

¹³⁸² OLG Celle r+s 2005, 129 mit begründetem Nichtannahmebeschluss des BGH FamRZ 2004, 526.

¹³⁸³ OLG Düsseldorf VersR 1985, 698.

e) Aufteilung des Schadensersatzes auf die einzelnen Hinterbliebenen

- 383 Die Hinterbliebenen sind nicht Gesamt-, sondern Teilgläubiger.¹³⁸⁴ Der Verteilungsschlüssel ist Tatfrage; es kommt auf die Verhältnisse des konkreten Falles an. Insbesondere Kleinkinder haben einen relativ hohen Unterhaltsbedarf. Andererseits billigt der BGH einem 7–14 Jahre alten Kind nur einen Anteil von 1/3 (für den Witwer 2/3) zu.¹³⁸⁵

f) Schadenminderungspflicht

- 384 Unter Umständen ist der allein stehende hinterbliebene Ehegatte gehalten, in eine zwar qualitativ gleichwertige, aber kleinere Wohnung umzuziehen.¹³⁸⁶ Dies gilt insbesondere auch dann, wenn die Waisen bei Verwandten oder im Heim untergebracht werden.

g) Vorteilsausgleich

- 385 Der Wegfall der eigenen Barunterhaltungspflicht des erwerbstätigen Ehegatten gegenüber dem haushaltsführenden Partner ist nach st. Rspr. im Rahmen des § 254 BGB als Vorteil¹³⁸⁷ zu werten,¹³⁸⁸ und zwar wird konsequenterweise der Unterhaltsanteil des Verstorbenen am teilbaren Familieneinkommen, das nach Abzug der fixen Kosten verbleibt (zur Berechnung → Rn. 328 ff.), auf den Unterhaltsschaden des Witwers (nicht auf den der Waise) angerechnet:

Beispiel:

Haushaltsführungsschaden (Witwe/r, 1 Waise)	1.200,– EUR
davon Anteil Witwe/r 50 % (vgl. Rn. 383)	600,– EUR
Vorteilsausgleich:	
Nettoeinkommen Witwe/r	2.000,– EUR
abzüglich fixe Kosten	– 600,– EUR
verteilbares Einkommen	1.400,– EUR
Unterhaltsquote Getöteter 35 %	490,– EUR
ersparter Unterhaltsbeitrag	– 490,– EUR
Schadensersatz Witwe/r	110,– EUR
Schadensersatz Waise (50 %)	600,– EUR

- 386 Der so errechnete Vorteil kann sich freilich reduzieren, wenn die getötete Hausfrau ihre Arbeitskraft über das gesetzliche Maß hinaus verwertet hatte, in dem sie zB im eigenen Garten Nahrungsmittel zog, Kleider für die Familie nähte etc.¹³⁸⁹ Ähnliches gilt, wenn die Getötete leibliche Kinder des Witwers ohne gesetzliche, aber aufgrund sittlicher Verpflichtung mitversorgt hatte¹³⁹⁰ oder wenn über die gesetzliche Unterhaltspflicht hinausgehende Pflegeleistungen für den Hinterbliebenen erbracht wurden.¹³⁹¹

¹³⁸⁴ BGH VersR 1972, 743; VersR 1973, 84 = NJW 1972, 1130.

¹³⁸⁵ BGH VersR 1984, 875: Dem Vater steht ein doppelt so hoher Anteil im Vergleich zu dem Kind zu, weil die Hausfrau ihre Arbeitskraft in erster Linie der Versorgung des Ehemanns und der Aufrechterhaltung des ehelichen Haushalts zur Verfügung stellen musste; vgl. auch BGH VersR 1974, 885 = NJW 1974, 1238. AA OLG Hamm ZfS 1990, 341: Größerer Anteil der Versorgung für ein minderjähriges Kind. AA auch Drees VersR 1985, 611 ff.: Aufteilung gleichmäßig nach Zahl der Anspruchsberechtigten.

¹³⁸⁶ BGH NZV 1988, 60; VersR 1982, 874; VersR 1971, 1065; OLG Karlsruhe VersR 1991, 1190.

¹³⁸⁷ Zum Vorteilsausgleich iÜ s. die zusammenfassende Darstellung unter → Rn. 419 ff.

¹³⁸⁸ Ua BGH VersR 1971, 1065; VersR 1979, 670; VersR 1984, 79; VersR 1984, 189; VersR 1984, 876.

¹³⁸⁹ BGH VersR 1979, 670.

¹³⁹⁰ BGH VersR 1984, 189.

¹³⁹¹ OLG Zweibrücken NJW-RR 1989, 479.

Bei einer *Mithaftung* des Getöteten ist der vom hinterbliebenen Ehegatten ersparte Barunterhalt zunächst mit dem Ausfall zu verrechnen, der wegen der Quotierung des Schadensersatzanspruches entsteht.¹³⁹² Im wirtschaftlichen Ergebnis wirkt sich danach eine Mithaftung des Getöteten nur dann und insoweit zur Entlastung des Schädigers aus, als der ersparte Unterhaltsbeitrag niedriger ist als der Ausfall wegen der Mithaftung. Ein Vorteilsausgleich greift nur dann und insoweit, als dieser größer ist als der Ausfall wegen der Mithaftung.

Beispiel (s. Rn. 385):

Haushaltsführungsschaden Witwer	600,- EUR
50 % Haftung	
Schadensersatz vor Vorteilsausgleich	300,- EUR
Vorteilsausgleich (ersparter Unterhaltsbeitrag)	490,- EUR
Ausfall wegen Mithaftung	- 300,- EUR
anrechenbarer Vorteil	190,- EUR
	- 190,- EUR
Schadensersatz daher	- 110,- EUR

Die Mithaftung wirkt sich wegen des reduzierten Vorteils also nicht aus. Zu dem Problem der Berechnung der Ersatzforderungen im Falle der Zahlung einer kongruenten Hinterbliebenenrente → Rn. 445.

h) „Anrechnung“ von Einkünften der Waise

Soweit Waisen aufgrund eigener Einkünfte aus Erwerbstätigkeit oder Erträgen des Vermögens¹³⁹³ nicht unterhaltsbedürftig sind, besteht auch kein Schadensersatzanspruch wegen Wegfalls des persönlichen (Natural-)Unterhalts.¹³⁹⁴ Werden beide Elternteile bei einem Unfall getötet, gilt dies auch zB für die Erträge des vom Vater geerbten Vermögens hinsichtlich des Anspruchs wegen des Todes der Mutter.¹³⁹⁵ Berechnungsbeispiel → Rn. 352.

i) Steuerliche Nachteile des Hinterbliebenen

Nach einer Übergangszeit gehen die Vorteile des Splitting-Tarifs sowie höherer Grenzen für Werbungskosten und Sonderausgaben verloren. Darin liegt nur ein mittelbarer Schaden, der nicht vom Schädiger zu ersetzen ist.¹³⁹⁶

j) Laufzeit und Abstufung des Schadensersatzes

Der Anspruch des hinterbliebenen Ehegatten besteht für die mutmaßliche Dauer des Lebens des Getöteten,¹³⁹⁷ die sich grundsätzlich nach der zum Todeszeitpunkt gegebenen statistischen Lebenserwartung¹³⁹⁸ richtet.

¹³⁹² BGH VersR 1987, 70. Die Entscheidung betrifft zwar den ersparten Barunterhalt aus Renteneinkünften, gilt aber erst recht für den erwerbstätigen Hinterbliebenen.

¹³⁹³ → Rn. 352.

¹³⁹⁴ BGH VersR 1972, 948; VersR 1973, 939; VersR 1974, 601; krit. *Hofmann* VersR 1977, 296, 304.

¹³⁹⁵ BGH VersR 1974, 601.

¹³⁹⁶ BGH VersR 1979, 670 = NJW 1979, 1501. Siehe auch BGH VersR 2004, 75 = NZV 2004, 23.

¹³⁹⁷ § 844 Abs. 2 BGB. BGH NZV 1990, 307 = VersR 1990, 907: Es ist daher eine Prognose erforderlich, wie sich die Unterhaltsbeziehungen zwischen den Unterhaltsberechtigten und dem Unterhaltspflichtigen im Falle seines Fortlebens nach dem Unfall entwickelt haben würden. Die Prognose erfolgt im Rahmen des § 287 ZPO.

¹³⁹⁸ → Rn. 864.

- 392 Beim erwerbstätigen Ehepartner ist eine steigende Mitarbeitspflicht (zB mit der Pensionierung) einerseits¹³⁹⁹ und die sinkende Leistungsfähigkeit der Haushaltsführenden mit zunehmenden Alter anderseits¹⁴⁰⁰ zu berücksichtigen.
- 393 Bei *Wiederheirat* des hinterbliebenen Ehegatten entfällt der Schaden wegen entgangener Haushaltsführung.¹⁴⁰¹ Das gilt entsprechend, wenn der neue Partner Erwerbseinkommen hat und daraus einen entsprechenden finanziellen Beitrag zum Familienunterhalt leisten muss.¹⁴⁰²
- 394 Auf den Schadensersatzanspruch der Waisen wegen entgangenen Naturalunterhalts ist die tatsächliche Betreuung durch die Stiefmutter nicht anzurechnen.¹⁴⁰³
- 395 Gegenüber Kindern besteht eine Verpflichtung der Eltern zur Leistung von Naturalunterhalt nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (Eintritt der Volljährigkeit).¹⁴⁰⁴

k) Übergang auf leistende Dritte

- 396 Zwischen der Hinterbliebenenversorgung durch Sozialversicherungsträger, Dienstherren u. Ä. und dem Schadensersatz wegen entgangener Haushaltsführung (Naturalunterhalt) besteht sachliche Kongruenz. Der Ersatzanspruch von hinterbliebenen Ehegatten und Waisen geht daher nach §§ 116 SGB X, 87a BBG etc. über.¹⁴⁰⁵

3. Erwerbstätigkeit beider Ehegatten

- 397 Nach dem Wegfall des gesetzlichen Leitbildes der „Hausfrauenehe“¹⁴⁰⁶ können beide Ehegatten nicht nur frei vereinbaren, wer erwerbstätig ist und wer den Haushalt führt. Sie können auch gemeinsam für den materiellen Familienunterhalt durch eine Berufstätigkeit aufkommen und die Haushaltsarbeiten im gegenseitigen Einvernehmen untereinander verteilen.¹⁴⁰⁷ Beide Ehegatten sind dann auch unterhaltsrechtlich verpflichtet, Bar- und Naturalunterhalt zu leisten, und im Todesfall steht den Hinterbliebenen ein Anspruch wegen entgangenen Barunterhalts und wegen Wegfalles der Haushaltsführung zu.

¹³⁹⁹ BGH VersR 1973, 84; 1973, 939; 1983, 458. Der Umfang dieser Mitarbeit wird man nur in Ausnahmefällen oder dann mit 50 % ansetzen können, wenn der Partner schon zur Zeit seiner Erwerbstätigkeit in erheblichem Umfang im Haushalt mitgearbeitet hat. In der Entscheidung VersR 1973, 939 hat der BGH 10 Stunden Mitarbeit als im Rahmen des tatrichterlichen Ermessens liegend angesehen. Auch für die Zeit nach der Pensionierung gilt der Grundsatz, dass beide Ehepartner frei vereinbaren können, wer in welchem Umfang den Haushalt führt (→ Rn. 401). Nach der Tabelle 8 bei *Schulz-Borck / Hofmann* entfällt in einem 2-Personen-Haushalt 2/3 der Arbeitszeit auf die Ehefrau und nur 1/3 auf den Mann.

¹⁴⁰⁰ BGH VersR 1973, 84; VersR 1973, 939; OLG Zweibrücken VersR 1978, 356.

¹⁴⁰¹ BGH VersR 1970, 522 = NJW 1970, 1127; OLG Stuttgart VersR 1993, 1536.

¹⁴⁰² BGH VersR 1970, 522 = NJW 1970, 1127; OLG Stuttgart VersR 1993, 1536.

¹⁴⁰³ BGH VersR 1969, 998; OLG Hamm VersR 1978, 64.

¹⁴⁰⁴ → Rn. 360.

¹⁴⁰⁵ So ausdrücklich für den Anspruch der Waisen wegen entgangener Betreuung BGH VersR 1966, 487; VersR 1968, 771; VersR 1987, 1092 = NJW 1987, 2293. Für den Anspruch der Ehefrau wegen entgangener Mithilfe des Ehemanns im Haushalt BGH NJW 1982, 1045; OLG Frankfurt NZV 1993, 474; OLG Saarbrücken SP 2013, 393. Für die Tötung des den Haushalt allein oder überwiegend führenden Partners gilt dasselbe (BGH VersR 1962, 330 ist überholt); OLG Hamm r+s 1994, 420; OLG Stuttgart VersR 1993, 1636.

¹⁴⁰⁶ → Rn. 362.

¹⁴⁰⁷ BGH VersR 1984, 79; VersR 1985, 365 = NJW 1985, 1460; NZV 1988, 60 = VersR 1988, 490; VersR 1993, 56 = DAR 1993, 25.

a) Barunterhalt

Beide *Ehegatten* haben unterhaltsrechtlich jeweils einen Anspruch gegen den Partner auf Beteiligung an dessen Nettoeinkommen.¹⁴⁰⁸ Die beiderseitige Beteiligungsquote ist gleich hoch.¹⁴⁰⁹ Abweichende Vereinbarungen, nach der etwa der Partner einen Nebenverdienst für sich selbst beanspruchen kann, sind grundsätzlich unzulässig.¹⁴¹⁰ Unklar bleibt gelegentlich in der Rechtsprechung, ob die Barunterhaltsansprüche der Ehepartner einander gegenüberstehen und der Wegfall der eigenen Barunterhaltungspflicht gegenüber dem Getöteten daher nur als Vorteil bei der Schadenberechnung zu berücksichtigen ist,¹⁴¹¹ oder ob sich der Unterhaltsanspruch auf eine Beteiligung an dem Saldo zwischen beiden Einkünften beschränkt.¹⁴¹² Für die Berechnung des Barunterhaltschadens hat dies jedoch praktische Bedeutung nur für den Fall einer Mithaftung des Getöteten, bei der dem Hinterbliebenen ein Quotenvorrecht zusteht.¹⁴¹³

Eheliche Kinder haben einen Barunterhaltsanspruch gegen beide Elternteile,¹⁴¹⁴ und zwar nach dem Verhältnis dieser Erwerbseinkommen zueinander,¹⁴¹⁵ dh den Waisen steht jeweils eine gleich hohe Quote aus beiden Nettoeinkommen zu.

Beide Ehegatten haben sich an den *fixen Kosten* der Haushaltsführung im Verhältnis ihres eigenen Nettoeinkommens zum Familiennettoeinkommen zu beteiligen.¹⁴¹⁶

Zur Berechnung des Barunterhaltschadens → Rn. 328 ff.

b) Naturalunterhalt (Haushaltsführung)

Maßgeblich für die Höhe des Unterhaltsschadens ist zwar grundsätzlich die rechtlich geschuldete, nicht die tatsächlich geleistete Haushaltsführung.¹⁴¹⁷ Beide Ehegatten regeln Umfang und Verteilung der Haushaltsarbeiten jedoch im gegenseitigen Einvernehmen. Das im Sinne des § 844 Abs. 2 BGB rechtlich Geschuldete ergibt sich aus dem Vereinbarung.¹⁴¹⁸ Ihre Grenze finden derartige Absprachen lediglich in der familienrechtlichen Angemessenheit.¹⁴¹⁹ Da diese Vereinbarungen aber regelmäßig nicht ausdrücklich getroffen werden, kann aus der tatsächlichen Handhabung der Haushaltsführung auf ein solches Einvernehmen geschlossen werden.¹⁴²⁰ Damit kommt den tatsächlichen Verhältnissen die entscheidende – indizielle – Bedeutung für den rechtlich geschuldeten Unterhalt und damit für die Höhe des Schadensersatzes zu.

Mehr oder weniger häufige, *gelegentliche Hilfeleistungen* eines voll erwerbstätigen Ehegatten haben allerdings regelmäßig schadensersatzrechtlich außer Betracht zu blei-

¹⁴⁰⁸ BGH VersR 1984, 79; VersR 1984, 353; VersR 1984, 961.

¹⁴⁰⁹ Drees VersR 1985, 611 (613).

¹⁴¹⁰ OLG Frankfurt ZfS 1984, 165.

¹⁴¹¹ So die überwiegende Rechtsprechung des 6. Senats des BGH, s. zB BGH VersR 1984, 79; VersR 1984, 353; VersR 1984, 961.

¹⁴¹² BGH VersR 1983, 688: Unterhaltsquote des geringer verdienenden Ehegatten aus der Differenz zwischen dem gemeinsamen Einkommen („Familieneinkommen“) und dem eigenen Einkommen.

¹⁴¹³ → Rn. 406.

¹⁴¹⁴ Bei hohen Einkommen ist zu berücksichtigen, dass der Unterhaltsbedarf einer Waise begrenzt ist → Rn. 349.

¹⁴¹⁵ BGH VersR 1985, 365.

¹⁴¹⁶ BGH VersR 1984, 79; vgl. auch VersR 1983, 726; OLG Hamburg VersR 1988, 135.

¹⁴¹⁷ BGH NJW 2006, 2327; VersR 1971, 423; OLG Nürnberg r+s 1987, 103.

¹⁴¹⁸ BGH NZV 1988, 60; OLG Celle, Urt. v. 9.8.2017 – 14 U 27/17.

¹⁴¹⁹ § 1316 S. 1 BGB → Rn. 407.

¹⁴²⁰ BGH NJW 2012, 1048 mAnm Höber VersR 2012, 1050; NZV 1988, 60.

ben.¹⁴²¹ Solche Leistungen erfolgen gefälligkeithalber, eine familienrechtlich relevante Absprache über eine – teilweise – Führung des Haushaltes dürfte kaum vorliegen.

- 403 Die Berechnung der *Höhe* des Schadensersatzes folgt im Übrigen den unter → Rn. 360 ff. dargestellten Grundsätzen. Allerdings ergeben sich Besonderheiten beim Zeitaufwand. Mit der Tabelle über den Arbeitszeitbedarf bei *Schulz-Borck/Hofmann* (Tabelle 1) kann nicht ohne weiteres gearbeitet werden.¹⁴²² Zu berücksichtigen ist nämlich, dass beide Ehegatten auch den Umfang der Haushaltsführung bestimmen können und bei einer beiderseitigen Erwerbstätigkeit weniger Zeit für die Haushaltsführung zur Verfügung steht.¹⁴²³

c) Wegfall der Barunterhaltungspflicht des hinterbliebenen Ehegatten

- 404 Die wegen des Todes des Ehegatten entfallende unterhaltsrechtliche Verpflichtung zur Beteiligung des Partners am eigenen Nettoeinkommen (→ Rn. 398 ff.) mindert den Schaden. (Zur Berechnung → Rn. 385 sowie die Beispiele unter → Rn. 409 ff.) Eine Anrechnung des ersparten Barunterhalts kann allerdings nur – dies wird in der Praxis gelegentlich übersehen – auf den Ersatzanspruch des Witwers, nicht auf den der Waisen, erfolgen.
- 405 Das Einkommen des Hinterbliebenen ist auch dann zu berücksichtigen, wenn die Ehegatten minderjährige Kinder zu versorgen haben.¹⁴²⁴ In der Doppelverdienerrehe regeln beide Gatten im gegenseitigen Einvernehmen den Umfang der beiderseitigen Erwerbstätigkeit und Haushaltsführung. Es kommt hier nicht auf die schadensersatzrechtliche Zumutbarkeit der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit an.¹⁴²⁵ Die Grenze, die auch schadensersatzrechtlich zu beachten ist, liegt hier nur im familienrechtlich Zumutbaren.¹⁴²⁶
- 406 Bei Mithaftung des Getöteten ist der ersparte Barunterhalt auch hier zunächst mit dem Ausfall zu verrechnen, der wegen der Quotierung des Schadensersatzanspruchs entsteht.¹⁴²⁷ Zu den Besonderheiten der Berechnung des persönlichen und des übergegangenen Ersatzanspruchs bei Zahlung einer Hinterbliebenenrente durch den SVT → Rn. 445 ff. mit Berechnungsbeispiel.

d) Überobligatorische Tätigkeit

- 407 Die grundsätzlich zulässigen Vereinbarungen der Ehepartner über den Umfang von Erwerbstätigkeit und Haushaltsführung und deren Verteilung finden ihre Grenze im familienrechtlich Angemessenen,¹⁴²⁸ wobei den Ehepartnern allerdings ein „weiter, gestaltungsfreier Raum“ zusteht.¹⁴²⁹ In einer Familie mit Kindern müssen sich beide Elternteile

¹⁴²¹ OLG Oldenburg VersR 1983, 890.

¹⁴²² Dies gilt erst recht für die Tabelle 8, die zT sogar zu noch höheren Werten kommt, aber schon deshalb nicht anwendbar ist, weil dort auf die tatsächliche Arbeitsleistung abgestellt wird. Zu den Bedenken gegen diese Tabelle vergleiche iÜ Fn. 486 zu → Rn. 193.

¹⁴²³ Vgl. BGH NZV 1988, 60 = VersR 1988, 490.

¹⁴²⁴ Dies wird vom BGH als selbstverständlich unterstellt. BGH NZV 1998, 149 = VersR 1998, 333; Zwei Waisen im Alter von 3 und 5 Jahren, Berücksichtigung des Witweneinkommens. Siehe auch BGH VersR 1974, 885.

¹⁴²⁵ Die Frage einer Zumutbarkeit der Erwerbstätigkeit bei der Erziehung und Betreuung von Kindern unter 14 Jahren stellt sich nur bei der Prüfung der sog. „Arbeitspflicht“ des Hinterbliebenen, also der Schadenminderungspflicht bei Aufnahme einer bislang nicht ausgeübten Erwerbstätigkeit nach dem Tod des Ehegatten – → hierzu Rn. 354.

¹⁴²⁶ Der BGH unterstellt das Ergebnis als selbstverständlich (BGH NZV 1998, 149 = VersR 1998, 333); Bei 2 Waisen im Alter von 3 und 5 Jahren Berücksichtigung des Witweneinkommens zur Berechnung des Barunterhaltschadens.

¹⁴²⁷ → Rn. 387 mit Berechnungsbeispiel.

¹⁴²⁸ BGH NZV 1988, 60 = VersR 1988, 490.

¹⁴²⁹ BGH VersR 1993, 56 = DAR 1993, 25.